

Antrag

der Fraktion DIE LINKE

Thema: Schule demokratisieren und politische Bildung stärken

Der Landtag möge beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

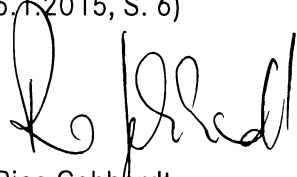
zur Weiterentwicklung der Schule zu einem demokratisch strukturierten Lern- und Lebensraum

- Demokratie als Strukturprinzip des Unterrichts in Formen kooperativen und selbständigen Lernens, bei denen der/die Lehrer/-in weniger als Wissensvermittler/-in und weitaus mehr als Lernbegleiter/-in und Moderator/-in fungiert, zu verankern;
- Projektwochen zu schulinternen oder schulexternen politischen Themen zu initiieren;
- den „Erlass zur politischen Werbung an Schulen“ aufzuheben und sicher zu stellen, dass die Schulen zeitnah vor Wahlen Informations- und Diskussionsrunden mit Abgeordneten, Bewerbern und Vertretern von Parteien, Wählergemeinschaften und anderen politischen Organisationen veranstalten können, um dem Informationsbedürfnis der Schülerinnen und -schüler nachzukommen;
- Schulen für Jugendverbände und zivilgesellschaftliche Institutionen zu öffnen und
- Schülerinnen und Schüler mittels geeigneter Maßnahmen an die Schülermitwirkung heranzuführen und dafür zu qualifizieren.

Begründung:

Im Zusammenhang mit den Montagsdemonstrationen der sog. „patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ ist die politische Bildung in Sachsens Schulen in die Kritik geraten. So titelt die *Dresdner Morgenpost*: „Gibt’s an Sachsens Schulen zu wenig politische Bildung, Frau Kurth?“. Die Zeitung beruft sich u.a. auf Thomas Krüger, den Präsidenten der Bundeszentrale für politische Bildung. Dieser kritisiert in Sachsen eine Bevorzugung der Naturwissenschaften gegenüber der politischen Bildung. Auch der Landesschülerrat beklagt, dass der politische Unterricht in Sachsen Schulen zu kurz komme. Sie berichten von Lehrkräften, die sich unter Verweis auf den Lehrplan weigern, aktuelle politische Ereignisse zu diskutieren. In Bundesländern wie Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen beginne politische Bildung bereits in der sechsten bzw. in der fünften Klasse. Man wünsche sich „eine Ausweitung des Gemeinschaftskundeunterrichts“. (Demonstranten von der Schulbank. Sächsische Zeitung vom 6.1.2015, S. 6)

- b.w. -



Rico Gebhardt,
Fraktionsvorsitzender

Dresden, den 3. Februar 2015

Eingegangen am:

03. Feb. 2015

Ausgegeben am:

04. Feb. 2015

Die Kultusministerin weist die Kritik an der politischen Bildung in sächsischen Schulen zwar zurück, betont zugleich aber die Bedeutung von politischer Bildung. „Wichtig ist, der jungen Generation das junge Pflänzchen Demokratie immer wieder nahe zu bringen, damit sie es verinnerlicht“, sagt die Staatsministerin in einem Zeitungsinterview und fährt fort: „Wenn etwas oktroyiert wird, nimmt das vor allem eine junge Generation so nicht ab... Politische Bildung ist in keiner Weise nur an einem Unterrichtsfach festzumachen.“ („Geliebten ist der grüne Pfeil. Interview *der tageszeitung* mit der KMK-Präsidentin Brunhild Kurth. In: die tageszeitung vom 14.1.2015, S. 7)

Angesichts der öffentlichen Debatte über die jüngsten politischen Vorgänge im Freistaat hält es die Antragstellerin für geboten, die politische Bildung in den Schulen des Landes einem Monitoring zu unterziehen und die Mitwirkungsrechte und -praktiken von Schülerinnen und Schülern zu stärken. Es kann nicht sein, dass das ganze Land über aktuelle politische Phänomene wie Pegida diskutiert, die Schülerschaft davon jedoch ausgenommen ist. Die Schule ist kein politikfreier Raum, auch keine bloße Unterrichtsschule. Die Antragstellerin schließt sich der Auffassung der Kultusministerin an, dass politische Bildung keine bloß curriculare Angelegenheit ist.

Allgemein empfiehlt es sich, repräsentative Mitwirkungsstrukturen nicht nur auf ein Schulparlament auszuweiten, das neben Schulleitung, Lehrern, Schülern, Eltern und evtl. zivilgesellschaftliche Partner einschließt, sondern sie um weitreichende Strukturen demokratischer Mitsprache und aktiver Mitgestaltung zu erweitern und diese zu einem Gesamtbild der Schule als ein demokratisches Gemeinwesen zu vernetzen.

Von der Unterrichtsschule unterscheidet sich die demokratische Schule nicht allein der Organisationsform nach, ihr liegt auch ein anderes Bildungsverständnis zugrunde als das einer Unterrichtsschule. In einer demokratischen Schule sollen Heranwachsende in einem verkleinerten, überschaubaren und institutionell geschützten Rahmen die Erfahrung des Bürgerhandelns machen können, das auf Selbstbestimmung, Verantwortungsübernahme und Verständigung beruht. Schülerinnen und Schüler lernen Unterschiede kennen und bejahen und sie lernen Formen von unverschuldeter Benachteiligung wahrzunehmen und aufzuheben. Die demokratische Schule legt Wert auf das Erlernen einer moralischen Haltung, die zum streitbaren Dialog mit anderen befähigt. Die Aneignung von Sachwissen tritt dahinter zurück. Weniger um ein funktionales Wissen geht es in der demokratischen Schule als um die Fähigkeit zur kritischen Auseinandersetzung mit sich selbst, mit den anderen und mit dem gesellschaftlichen Umfeld. Kritische Aufnahmefähigkeit hat Vorrang vor dem Erwerb von Sachwissen, das sich ohnehin ständig verändert. Denn Bildung ist der „Vorgang, durch den man zum Subjekt seiner Handlungen wird“. (Hartmut von Hentig)